



Nicht nur dabei, sondern mittendrin: Bundespräsidentin Amherd.

BILD: WIESLAW SMETEK FÜR DIE WELTWOCH

## Der Nato-Sündenfall: Viola Amherds heimlicher Beitritt zur US-Militärallianz

04.12.2024, von David Biner, Weltwoche

<https://weltwoche.ch/story/der-nato-suendenfall/>

**Der 20. November 2024 wird in die Schweizer Geschichtsbücher eingehen. Vielleicht als der Tag, an dem der Bundesstaat sein bewährtes Neutralitätskonzept endgültig preisgegeben hat. Der Bundesrat fällt an jenem Tag, es war ein Mittwoch, einen Rubikon-Entscheid. Er will, dass die Schweiz an der nächsten „Crisis Management Exercise“ (CMX) der Nato teilnimmt.**

### *Krise à la carte*

Diese soll im ersten Quartal 2025 stattfinden. Der Fokus liegt auf der strategischen Führungsebene. Truppenbeteiligungen sind zwar keine vorgesehen. Aber auch ohne Manöver mit Schweizer Kampftruppen ist die CMX neutralitätspolitisch höchst problematisch: Die Übung ist als sogenannte Artikel-5-Übung klassiert: Geprüft wird nicht weniger als der Bündnisfall. Dass Russland auch in den fiktiven Nato-Szenarien der Aggressor ist, erklärt sich von selber.

Bald nicht nur dabei, sondern mittendrin: die Schweiz. Dokumente aus dem zuständigen Verteidigungsdepartement (VBS) zeigen, wie heikel der Entscheid ist. Die CMX-Übung findet seit dem Ende des Kalten Kriegs alle zwei Jahre statt und hatte ursprünglich den Fokus auf dem Zusammenspiel nationaler Stäbe im Umgang mit sicherheitspolitischen Krisen. In den vermeintlich unverfänglichen Nullerjahren hat auch die Schweiz viermal daran teilgenommen, das letzte Mal 2010.

Seither hat sich die sicherheitspolitische Lage bekanntlich verändert, und seit 2014, dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs und der russischen Annexion der Krim, hat die Nato die CMX zusehends auf die Bündnisverteidigung ausgerichtet. Seit 2016 ist sie als Artikel-5-Übung klassiert. Der Passus im Nordatlantikvertrag hält fest, dass die Nato im Verbund zurückschlagen kann, wenn eines ihrer Mitglieder angegriffen wird. Was um Himmels willen hat da der neutrale Kleinstaat zu suchen?

### ***Was um Himmels willen hat der neutrale Kleinstaat in einer Artikel-5-Übung der Nato zu suchen?***

Wie aus den Dokumenten hervorgeht, war das detaillierte Übungsszenario selbst für die Departementschefin und Bundespräsidentin Viola Amherd (Mitte) unbekannt, als sie mit dem Geschäft am besagten Mittwoch in den Bundesrat ging. Es gehe um unterschiedliche Bedrohungen in einer sich zuspitzenden Krisensituation, «darunter Elemente von Naturkatastrophen», heisst es vage in den Unterlagen. Die Schweiz könne auch Vorschläge machen, was genau man üben möchte – Krise à la carte.

Wie wäre es zum Beispiel mit einem russischen Angriff auf die Grande Dixence, die grösste Gewichtsstaumauer der Welt? Oder doch eher ein Schlag gegen eine Waffenfabrik im benachbarten Baden-Württemberg? In einer dermassen angespannt-nervösen Lage, in der sich die Welt gerade befindet, könnten selbst die fiktiven Handlungsstränge des Nato-Übungsszenarios eine eskalierende Wirkung entfalten. Die Schweiz droht, von der Trockenübung in die Traufe zu kommen.

### ***«Wertvolle Einblicke»***

Derzeit vergeht kein Tag, ohne dass weiter an der Eskalationsspirale gedreht wird. Wenige Stunden nach dem Bundesratsentscheid hat Russland eine Hyperschall-Mittelstreckenrakete auf die ukrainische Stadt Dnipro abgefeuert. Eine Woche später warnte etwa Bruno Kahl, der Präsident des deutschen Bundesnachrichtendienstes, dass selbst Cyberattacken der Russen zu einem Nato-Bündnisfall führen könnten. Doch statt sich um die eigene Landesverteidigung und die Nachrüstung der Armee zu kümmern – Amherd brachte nicht einen einzigen Vorschlag für die Budgetdebatte, der halbwegs mehrheitsfähig wäre –, schmiegt sich das VBS so nahe an die Nato wie noch nie.

Es sei im Interesse der Eidgenossenschaft, bei der Übung «wertvolle Einblicke in die Entscheidungsmechanismen der Nato» zu erhalten, heisst es in den VBS-Dokumenten weiter. Schliesslich könne die Schweiz gegenüber der Nato und anderen Partnerländern «ihre reale Rolle in einer eskalierenden Krise» üben. Für den geopolitischen Selbstfindungstrip sind Beamte aus dem VBS sowie dem Aussendepartement (EDA) vorgesehen. Ironie des Bundesratsentscheids: «Der Bundesrat selbst soll nicht beübt werden», heisst es in den Unterlagen. Gehen Amherd und Ignazio Cassis, die beiden zuständigen Bundesräte, davon aus, dass sie im ersten Quartal 2025 nicht mehr im Amt sind?

Neben dem Inhalt staunt man über die Art und Weise, wie das VBS über diesen historischen Entscheid nicht kommuniziert. Die Plattform «J» (vormals «Jungfrau Zeitung») hatte bereits Anfang November über Amherds umstrittene Pläne berichtet.

VBS-Kommunikationschef Renato Kalbermatten gelang es, die Geschichte im Keim zu ersticken – vorerst. Eine als geheim klassifizierte Aussprachenotiz, auf die sich der Artikel stützte, sei den Bundesratsmitgliedern nicht übergeben worden. Es sei auch kein entsprechendes Geschäft für die Bundesratssitzung traktandiert. Heute weiss man: Die Plattform «J» hatte den richtigen Riecher, das Geschäft kam zwei Wochen später in den Bundesrat.

In der mickrigen Medienmitteilung vom 20. November wird dann mit keiner Silbe erwähnt, dass die geplante Zusammenarbeit als Artikel-5-Übung klassifiziert wird. Die Tatsache, dass die Szenarien der CMX-Übung bis zum Bündnisfall eskalieren können, wird in der offiziellen Kommunikation des Bundes bewusst weggelassen. Würde man den Kommunikationsstäben von Donald Trump, Wladimir Putin oder Viktor Orbán ähnliche Lücken nachweisen, spräche das VBS wohl von «Beeinflussungsaktivitäten im Informationsraum».

«Das Übungsszenario wurde von der Nato als geheim klassifiziert, weshalb weder die Nato noch wir uns zu den Inhalten äussern», sagt dazu VBS-Sprecher Lorenz Frischknecht. Die Schweiz mache nur am Teil der Übung mit, bevor Artikel 5 ausgerufen würde. «An einer je nach Übungsverlauf möglichen Bündnisverteidigung beteiligt sich die Schweiz nicht.» Mitgegangen, aber nicht mitgefangen, lautet offensichtlich die geopolitische Strategie von Amherd. Jeder Primarschüler weiss, wie schwierig es ist, eine solch diffuse Position über die Zeit hinweg aufrechtzuerhalten. Entweder gehört man dazu oder nicht.

Dass der Bundesrat nicht mehr neutral sein will, haben beide Kriegsparteien, die Russen selber wie auch die Amerikaner (und mit ihnen die Ukraine), längst registriert. Mit dem Entscheid, an einer Übung mit dem Label Bündnisfall teilzunehmen, dürften sich nun beide Seiten bestätigt sehen. Der 20. November 2024 markiert einen Point of no Return in der Sicherheitspolitik der Eidgenossenschaft.

Nach der historischen Bundesratssitzung schickte die von Amherd präsidierte Landesregierung die SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider vor die Medien, um über Verbote und Vorzüge der Foie gras zu sinnieren. Keine Bundespräsidentin, kein Armeechef, kein Aussenminister – gestopfte Entenleber möge sie «in kleinen Mengen in der Weihnachtszeit», verriet derweil die Gesundheitsministerin.

### ***SVP-Bundesräte gegen den Rest***

Amherds Kommunikation blieb auch am Tag nach dem Bundesratsentscheid zurückhaltend, als sie kurz bei der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats (SiK-N) vorbeischaute. Dass es sich bei der CMX um eine Artikel-5-Übung handle, habe die VBS-Chefin am Rande und eher beiläufig erörtert, sagen mehrere Kommissionsmitglieder. Amherd habe die SiK-N «über die Übungsbeteiligung» informiert, hält VBS-Sprecher Frischknecht allgemein fest. Die Information für die Sicherheitspolitiker des Ständerats folge noch.

Just um diese Frage hatte sich in den Monaten zuvor zwischen der VBS-Chefin und der nationalrätlichen SiK ein Kräftemessen entwickelt. In weiser Voraussicht hat die Kommission eine Motion auf den Weg gebracht, die eine Teilnahme an Nato-Bündnisfallübungen explizit verbieten wollte. Eine Mehrheit bestehend aus SVP, SP

und Grünen brachte den Vorstoss in der Sommersession durch den Nationalrat. Im Ständerat obsiegte jedoch Amherd.

Hier sprachen sich nebst der SVP nur vereinzelte Mitte-Vertreter für ein Verbot aus. Bei der SP enthielt man sich oder war wie Daniel Jositsch, Flavia Wasserfallen, Simon Stocker, Franziska Roth oder die grünen Ständeräte Matthias Zopfi und Maya Graf gar für die Teilnahme an Nato-Übungen. Geht es um die Neutralität, macht es die sonst immer so diszipliniert geschlossene und angeblich pazifistische Linke wie die Mitte: In der einen Kammer weiss man nicht, wofür die Fraktionskollegen in der anderen sind.

***Die mickrige Mitteilung verschweigt bewusst, dass die Übung bis zum Bündnisfall eskalieren könnte.***

Auch die SP-Bundesräte Beat Jans und Baume-Schneider befürworten, dass die Schweiz bei Bündnisfallübungen mitmacht; die beiden FDP-Vertreter Ignazio Cassis und Karin Keller-Sutter ebenfalls. Allein Albert Rösti sowie Guy Parmelin sollen sich kritisch gezeigt haben, wird in den VBS-Unterlagen vermerkt. Zwei SVP-Bundesräte gegen den Rest – geht es um die Annäherung an die Nato, sind die Mehrheitsverhältnisse gleich wie bei der anstehenden Annäherung an die EU.

Die Übungen der eigenen Truppen scheinen die VBS-Chefin derweil weniger zu interessieren. Sie konnte nicht dabei sein, als vergangene Woche über 1500 Armeeangehörige in einer seit zwei Jahren geplanten Übung rund um den Flughafen Zürich den Ernstfall probten. Ende 2022 verpasste sie bereits «Pillum», die grösste Militärübung in den letzten Jahrzehnten. 5000 Soldaten wurden für den achttägigen Einsatz mobilisiert. Es sind die Gleichen, die als Erste ihre Köpfe hinhalten, wenn die Schweiz in einen Krieg hineingezogen werden sollte.